

ver Institution zugänglich gemacht wurden.

25 der eroberten Dokumente sind in der vorliegenden Publikation enthalten. Sie befassen sich teils mit Fragen der Produktion und zum größeren Teil mit der Kampagne zur sozialistischen Erziehung, die schon Anfang der 60er Jahre eingeleitet wurde und die man als den Auftakt der späteren „Großen Proletarischen Kulturrevolution“ ansehen kann. Gerade diese Dokumente zeigen, wie heute der chinesische Mensch in die ideologische Maschinerie eingebaut ist, welche die Entwicklung in dem Riesenreich vorantreibt. Die Tabellen, in denen über die Fortschritte der sozialistischen Erziehung Buch geführt wird und in denen die Fälle religiöser Betätigung, privater Brauerei oder Schlachtung, die Anwesenheit bei Diskussionsveranstaltungen, die Fälle von Aberglauben oder Extravaganzen wie Hochzeits- oder Geburtstagsfeierlichkeiten u. v. a. m. vermerkt werden, überrreffen in ihrem Hang zum Detail die Phantasie eines Orwell. Die zum Teil geheimen Berichte an die Kommune-Kader zeigen, wie schwierig es ist, überkommene Gewohnheiten zu ändern und der neuen gesellschaftlichen Situation anzupassen. Und wenn auch Hunderttausende in Peking am Tor des himmlischen Friedens der Zukunft, dem Fortschritt und dem Sozialismus huldigen — auf dem Lande ist man offensichtlich der eigenen Tradition noch immer weitaus mehr verhaftet, als es den Kadern der Kommunistischen Partei Chinas lieb sein kann.

Der ökonomische Teil der Dokumente führt uns Beispiele für die vertraglichen Beziehungen zwischen der Volkskommune und der Produktionsbrigade, die seit 1960 an Bedeutung gewann, für Produktion und Distribution und für die Arbeitsorganisation in der Kommune vor. Aus einem Teil der Dokumente spricht daher deutlich der Optimismus, der in der chinesischen Wirtschaft nach dem Zusammenbruch des „Großen Sprungs nach vorn“ seit 1962/63 wieder Platz griff.

In einer knappen, aber erschöpfenden

Einführung kommentiert C. S. Chen die übersetzten und einige weitere Dokumente und liefert damit eine Darstellung dessen, was eine Volkskommune im China der beginnenden 60er Jahre war. Diese Einführung und die übersetzten Dokumente stellen eine einzigartige Illustration des Lebens in der Volkskommune dar, die noch immer die administrative Grundeinheit der Volksrepublik China bildet und die man kennen muß, wenn man verstehen will, wie China heute verwaltet wird. Die vorliegende Publikation, auch wenn sie nur einen der mehr als 2000 Kreise Chinas behandelt, ist daher für den Verfassungs- und Verwaltungsrechtler ebenso wichtig wie für den Sozialwissenschaftler oder Ökonomen, der sich mit der Volksrepublik China zu beschäftigen hat.

Bernhard Großmann

NATHANIEL B. THAYER

How the Conservatives rule Japan

Princeton University Press, New Jersey
1969, 349 Seiten.

Die Konservativen regieren Japan seit den ersten Nachkriegswahlen zum Repräsentantenhaus vom 10. April 1946. Ein Koalitionsintermezzo von Konservativen und Sozialisten unter dem gemäßigten Sozialistenführer Katayama Tetsu im Jahre 1947 war für die politische Entwicklung Japans ohne Bedeutung. In der Reihe „Studies of the East Asian Institute“ der Columbia University ist nun das angezeigte Buch erschienen, das Auskunft geben will auf die Frage, wie die Konservativen Japan regieren.

Der Verfasser war von 1962 bis 1965 als Presseattaché an der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika in Tokyo tätig. Sein Buch ist das Ergebnis von Unterhaltungen und Interviews, die er vor allem in den Jahren 1965 und 1966 mit japanischen Politikern und Journalisten geführt hat.

Diese Tatsache bestimmt den Stil des Buches. Es ist auf weite Strecken in einem saloppen Konversationsston geschrieben und immer wieder von wört-

licher Rede durchbrochen, wobei der Verfasser auch vor der Wiedergabe unnötiger Vulgarismen nicht zurückschreckt. Doch braucht mangelnder Ernst in der Darstellung nicht fehlende wissenschaftliche Sachlichkeit zu implizieren.

Die Frage nach dem Wie konservativen Regierens untersucht der Verfasser am inneren Aufbau der Liberaldemokratischen Partei. Politik und Programm der Konservativen bleiben unerörtert. Dagegen sind die Einrichtungen der Partei und die Methode ihrer Politiker lebendig geschildert.

Die Liberaldemokratische Partei (LDP) wurde am 15. November 1955 durch den Zusammenschluß der beiden konservativen Parteien, der Liberalen Partei, nicht aufgrund eines gemeinsamen politischen Programms ins Leben gerufen, sondern als Reaktion auf die genau einen Monat zuvor erfolgte Wiedervereinigung des linken und rechten Flügels der Sozialistischen Partei. Die Konservativen waren verbunden lediglich in dem Bestreben, eine sozialistische Machtübernahme zu verhindern.

Dieser Faktor der von Anbeginn fehlenden gemeinsamen politischen Plattform und ein soziologisches Phänomen, das in der vor hundert Jahren zu Ende gegangenen Feudalzeit wurzelt, sind die Determinanten der großen konservativen Partei.

Mit letzterem ist das Oyabun-kobun (Elternteil-Kind)-Verhältnis gemeint, eine zwischenmenschliche Beziehung, in der der eine Teil sich dem anderen unterordnet, ihm „treue Dienste“ leistet, um dafür Wohlwollen und Förderung zu empfangen — man denke als Beispiel an die klassische Bindung zwischen Daimyō (Lehnsherr) und Samurai (Vassall). Die Entstehung solcher hierarchischer Beziehungen wird begünstigt durch die Neigung vieler Japaner, der Persönlichkeit gegenüber den Institutionen Vorrang zu geben. Obwohl der Verfasser diesen Begriff nicht verwendet, sind in seinem Buch die Ausprägungen des Oyabun-kobun-Verhältnisses bei den Konservativen ganz deutlich dargestellt.

So beschäftigt sich ein zentrales Kapitel mit den Fraktionen (habatsu), denen in der Liberaldemokratischen Partei größte Bedeutung zukommt. Die Fraktionen sind voll ausgestaltete politische Einheiten mit eigenständiger Organisation, einer im Parlamentarischen Handbuch ausgewiesenen Mitgliedschaft, die regelmäßig Versammlungen abhält und strenger Disziplin unterworfen ist. An ihrer Spitze stehen die führenden Politiker der Liberaldemokratischen Partei, wie Satō, Maeo (der die Ikeda-Fraktion übernommen hat), Miki und Fujiyama. Sie sammeln in den Fraktionen ihre Anhänger unter den konservativen Mitgliedern des Parlaments. Es gibt zur Zeit zwölf Fraktionen. Premierminister Satō Eisaku führt die stärkste an, er kann auf 111 Gefolgsleute rechnen. Über eine mittlere Fraktion verfügt Fujiyama Aiichirō, dem 28 Anhänger folgen, die kleinste gehört Matsumura Kenzō und hat vier Mitglieder.

Die Fraktionen betreiben eine durchaus selbständige Machtpolitik, oft auch gegeneinander; sie werden nicht zu Unrecht als „Parteien innerhalb der Partei“ bezeichnet. Regierung und Liberaldemokratische Partei wären heute ohne die Fraktionen kaum funktionsfähig, obwohl diese weder in der japanischen Verfassung noch in der Satzung der LDP vorgesehen sind. Die Fraktionen sind an allen politischen Vorgängen entscheidend beteiligt: Sie handeln unter sich aus, wer Parteipräsident wird und bestimmen damit auch den Premierminister. Sie pflegen gute Beziehungen zu den Wirtschaftskreisen (zaikai), bringen Gelder auf und sorgen für die Verteilung unter ihren Anhängern. Sie wirken bei der Kabinettsbildung mit und vergeben Ämter und Posten in Regierung und Partei. Sie gewähren ihren Mitgliedern bei den Wahlen die eigentliche finanzielle Unterstützung. Der Verfasser schildert dies in einzelnen Kapiteln und zeigt, wie die Fraktionen Einfluß nehmen. Die Forderung nach Abschaffung der Fraktionen wird immer wieder und von allen Seiten geäußert. Solange interfraktionelle Machtkämpfe hinter den Kulissen den Lauf der Politik bestimmen,

bleibt die Arbeit der Parteiorgane eine Formalität, die Partei selbst eine lockere Allianz konservativer Spitzenpolitiker. Es gibt jedoch noch kein geschlossenes Konzept für eine Reform in der Liberaldemokratischen Partei; sie erscheint schon deswegen besonders schwierig, weil die Fraktionen nicht rechtlich institutionalisiert sind, sondern sich organisch gebildet haben. Hierzu hat schließlich auch ein psychologisches Moment beigetragen, ein Bedürfnis zur Einordnung, das Grundlage der Entstehung von Oyabun-kobun-Verhältnissen ist.

Beherrschen die Fraktionen das Partei-geschehen in der Hauptstadt, so hemmt eine andere Ausgestaltung des Oyabun-kobun-Verhältnisses die Entfaltung der Parteiorganisation auf dem Lande. Dies sind die Kōenkai (Unterstützungsorganisationen), die sich jeder Abgeordnete individuell in seinem Wahlkreis geschaffen hat. Eine Unterstützungsorganisation zählt mehrere tausend Personen. Sie sind regelmäßig nicht Mitglieder der konservativen Partei, sondern persönliche Anhänger ihres Abgeordneten, den sie respektvoll „Sensei“ (Meister) nennen.

Der Verfasser zeigt die hierarchische Struktur dieser Organisationen am Beispiel der Kōenkai von Nakasone Yasuhiro, eines liberaldemokratischen Abgeordneten, der gleichzeitig Führer eines Teils der früheren Kōno-Ichirō-Fraktion ist. Schematisch aufgezeichnet ergibt der siebenstufige Aufbau dieser Unterstützungsorganisation ein eindrucksvolles Bild. Es gehören vier separate Gruppen in die Kōenkai: eine Herrengruppe, eine Damengruppe, eine Jugendgruppe für Männer unter 30 Jahren und eine Gruppe für junge unverheiratete Frauen. Alle Gruppen sind nach dem Vorbild der Herrengruppe aufgebaut: An der Spitze steht der Sensei. Ihm ist unmittelbar der „Gesamtvereinigungs-vorsitzende“ unterstellt, der wiederum über einen Obersekretär und zwei Untersekretäre verfügt. Seinem Büro sind sieben „Vereinigungen“ untergeordnet, die sich über den ganzen Wahlkreis des Sensei erstrecken und von „Vereini-gungsoberten“ geführt werden. Diesen

sieben Vereinigungen sind etwa 130 „Unterstützungsgruppen“ mit einer entsprechenden Anzahl von Gruppenleitern unterstellt. Jeder Unterstützungsgruppe unterstehen fünf Zweigstellen, denen auch „Oberste“ vorstehen. Den Zweigstellen sind schließlich noch Verbindungsmänner untergeordnet, die den Kontakt zu den kleinsten Siedlungen des Wahlkreises aufrechterhalten.

Die Unterstützungsorganisationen spielen gesellschaftlich und kulturell eine nicht unbedeutende Rolle in den Gemeinden. Sie veröffentlichen Klubzeitschriften, veranstalten gesellige Treffen, Gesangsstunden, Ausflüge und Begegnungen mit dem Sensei. Dieser kann in einer Wahl jederzeit mit den Stimmen seiner Anhänger rechnen, seine Organisation wird sich dafür um ihre Sorgen kümmern, und er wird auf nationaler Ebene ihre Wünsche berücksichtigen.

Der Partei ist es bisher nicht gelungen, die auf den einzelnen Abgeordneten ausgerichteten Kōenkai in die Parteiorganisation einzugliedern. Derartige Versuche scheiterten an einem allgemeinen Desinteresse gegenüber der Partei. Beinträchtigt durch Oyabun-kobun-Verhältnisse der aufgezeigten Art, hat es die Liberaldemokratische Partei schwer, als politische Partei bei der Bevölkerung Ansehen und Gewicht zu gewinnen.

Die hohe Effektivität des Fraktionensystems kann angesichts der nationalen Leistungen Japans in den vergangenen zwanzig Jahren kaum bestritten werden. Auch die Kōenkai-Organisationen funktionieren gut, wie die Wahlergebnisse der Konservativen zeigen. Trotzdem fragt es sich, ob die Konservativen noch lange mit feudalen Strukturen arbeiten können, ob die Oyabun-kobun-Verhältnisse, in denen auf der Grundlage persönlicher Verbundenheit statt politischer Verantwortung entschieden wird, noch zeitgemäß sind. Denn breite Schichten des japanischen Volkes empfinden für die Liberaldemokratische Partei Verärgerung und Abneigung. Die Intelligenz befürchtet infolge der Korruption und Kämpfe zwischen den Fraktionen eine Aushöhlung der in der Verfassung

von 1947 konzipierten demokratischen Staatsform. Generell ist das Parteienbewußtsein in der Bevölkerung nur schwach ausgebildet. Hierfür gibt es historische Gründe: die erste Parteienregierung in der Geschichte Japans wurde 1918 auf kaiserliche Anordnung hin gebildet, die Entwicklung erfolgte also damals bereits im Rahmen eines Oyabun-kobun-Verhältnisses von oben nach unten. Jahrzehntlang waren die Parteien nichts anderes als parlamentarische Klubs, die miteinander um die Macht rangen. In der Liberaldemokratischen Partei setzt sich nunmehr die Erkenntnis durch, daß in naher Zukunft der Wandel zur Volkspartei vollzogen werden muß.

Der Verfasser ist bemüht, Ansätze der Machtverlagerung innerhalb der Partei, von den Fraktionen auf die Parteiorgane, sichtbar zu machen. Es handelt sich jedoch bisher um minimale Veränderungen. Man wird die politischen Nachrichten aus Japan demnächst auch im Hinblick darauf aufmerksam zu verfolgen haben, ob sich diese Feststellung der Entwicklung nicht doch als fehlerhaft erweist.

Mit dem Ziel der Popularisierung der Partei betreiben die Konservativen seit einigen Jahren eine aufwendige Propagandakampagne, die bislang allerdings nicht die erhoffte Wirkung gezeigt hat. Auf dem Lande gilt es, den Antagonismus zwischen Kōenkai und den Parteibüros zu beseitigen, um die schwache Parteiorganisation zu kräftigen und einen Zugang zur Bevölkerung zu schaffen.

Der Verfasser schließt sein Buch mit dem Satz: „The future of the party lies with the people.“ Das ist sicherlich so richtig bezogen auf die Liberaldemokratische Partei in Japan, wie es für jede politische Partei in einem demokratischen Land westlicher Prägung zutrifft. Die Erneuerung der Partei kann aber nicht nur das Volk, gleichsam von unten nach oben erfolgen. Vielmehr muß die Partei Wege finden, das Volk für sich zu gewinnen, dem Volk positiv bewußt zu werden.

Der Verfasser nennt neue Parteigre-

mien und -einrichtungen, die zu diesem Zweck geschaffen wurden.

Das Wesentliche der Problematik ist jedoch keine Frage der Organisation, sondern des geistigen Standortes, des Programms. Die Liberaldemokratische Partei verfügt nicht über ein in die Zukunft gerichtetes Programm, das insbesondere die Jugend ansprechen und ein Gegengewicht zu den Oyabun-kobun-Verhältnissen bilden könnte. Hier ist der entscheidende Punkt, über den man gern mehr erfahren hätte. Der Verfasser behandelt ihn nicht, sein sonst so aufschlußreiches Buch weist hier eine bedauerliche Lücke auf.

Daß diese Dinge die Liberaldemokraten beschäftigen, zeigt das Schlagwort vom „Shin-Hoshushugi“ (Neuen Konservatismus). „Hoshushugi“ bedeutet wörtlich „Prinzip des Erhaltens und Beschützens“. Die Konservativen regieren Japan in Formen, die der Feudalzeit entstammen, von denen sie sich aber nach allgemeiner Aussage zu lösen beabsichtigen. Sie werden den Bürgern ihres Landes sagen müssen, was sie erhalten und beschützen wollen.

Der Konservatismus in Japan muß sich mit sich selbst auseinandersetzen.

Guntram Rahn

NIKOLAUS SCHERK

Dekolonisation und Souveränität

Die Unabhängigkeit und Abhängigkeit der Nachfolgestaaten Frankreichs in Schwarzafrika

Wilhelm Braumüller
Universitätsbuchhandlung
Wien und Stuttgart 1969
XVI, 184 S., 198,— ö. S.

Die Eigenständigkeit der frankophonen Staaten Afrikas südlich der Sahara ist im ersten Jahrzehnt ihrer Existenz immer wieder Gegenstand kritischer Fragen gewesen. Manche afrikanischen Staaten haben sich schwer getan, jene frankophonen Staaten, die sich besonders eng mit dem alten Mutterland verbunden hatten, als „positiv neutral“ oder blockfrei zu akzeptieren, andere haben nicht ohne Neid die wirtschaftlichen Vorteile gesehen, die